

# Zustände im Gefängnis gefährden die Sicherheit draußen

Bedienstete des Thüringer Justizvollzugs kritisieren Überlastung. Petition an den Landtag. Ministerium weist Vorwürfe zurück

VON FRANK SCHAUKA

**Erfurt.** In Thüringens Gefängnissen herrscht nach Beschreibungen von Insidern eine Pulverfass-Situation: Die Zahl der Bediensteten sinkt, ihre Belastung nimmt zu, gleichzeitig werden die Gefangenen immer respektloser.

Es gebe „kaum noch erreichbare Gefangene mit einigermaßen Umgangsformen und der Einsicht in ihr bisheriges Fehlverhalten“, beklagt Mark-Oliver Orth, Bediensteter der JVA Goldlauter. Für ihn steht fest: „Diese momentane Situation geht auf Kosten der Sicherheit.“

Noch hofft Orth auf eine Kurskorrektur. Er hat den Abgeordneten des Landtags deshalb die Petition „Perspektiven des Thü-

ringer Strafvollzugs“ zugesandt. Damit sich das Hohe Haus mit Orths Anliegen befasst, müssten bis zur Mitzeichnungsfrist am 1. Oktober 1500 Personen die Petition unterschreiben. Bis gestern waren es etwa 120.

Der Personalengpass in den Anstalten, wie Orth ihn wahrnimmt, stellt sich im Haftalltag so dar: „Abläufe, die vor Jahren zu zweit erledigt wurden, werden heute alleine durchgeführt.“

Von Einzelfällen könne man hier nicht reden, betont Jörg Bursian, Landeschef der Gewerkschaft Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD). „Wir teilen die Kritik uneingeschränkt.“

Was die Lage so gefährlich macht, ist aus Petentensicht dies: „Die momentane Situation

geht zulasten der Behandlung, Betreuung und Beaufsichtigung der Gefangenen.“

Eine Unsicherheitsspirale kommt so in Gang: Leidet die psychosoziale Behandlung der Gefangenen, bleiben Therapieerfolge aus. Damit steigt – wissenschaftlich erwiesen – die Gefahr, dass Gefangene nach der Entlassung rückfällig werden und erneut Straftaten verüben.

Den Gefahrenhöhepunkt erwartet BSBD-Chef Bursian etwa für 2024. „Die Situation wird sich in den nächsten Jahren weiter verschlechtern.“

Das Justizministerium weist den Großteil der Kritik zurück: „Gerade im geschlossenen Vollzug wird aus Fürsorgegründen darauf geachtet, dass für Abläufe, die von zwei Bediensteten

durchgeführt werden müssen, auch die erforderliche Anzahl von Bediensteten geplant wird.“

Probleme mit Gefangenen räumt das Ministerium ein. Allerdings sei es „insbesondere die Aufgabe und der Behandlungsauftrag der Stationsbediensteten, den Gefangenen durch Vorbildverhalten im täglichen Leben eine andere, bessere Lebensweise vor Augen zu führen und sie zu resozialisieren“.

Kai Christ, Chef der Polizeigewerkschaft GdP, hält das für schöne Worte. Christ sieht es so: „Die Sparmaßnahmen in der Justiz gefährden die innere Sicherheit und fordern mehr Personaleinsatz bei der Polizei.“

▶ [petitionen-landtag.thueringen.de/petitions/1431](https://petitionen-landtag.thueringen.de/petitions/1431)



Ein Justizmitarbeiter geht durch einen Gang in der Vollzugsanstalt Tonna. Foto: Marco Kneise